
Knapp und kommerzialisiert: Der Kampf ums Wasser

Wasserknappheit – das scheint für viele noch immer eine Frage anderer Kontinente zu sein. Das ist ein Irrtum, denn angesichts der Klimakrise verschärft sich auch hierzulande vielerorts der Wassermangel. Befördert wird dieser zudem von industriellen Großprojekten mit hohem Wasserverbrauch und einer Kommerzialisierung von Grundwasserressourcen – zulasten der Menschen und der Natur.

Von INKEN BEHRMANN

Zunehmende Dürren, austrocknende Seen und Flüsse, sinkende Grundwasserspiegel – der jüngste UN-Bericht des Instituts für Wasser, Umwelt und Gesundheit (UNU-INWEH) spricht nicht länger von Wasserkrise oder Wasserknappheit, sondern von einem »globalen Wasserbankrott«¹. Und das zu Recht, denn schließlich wird in vielen Regionen der Erde heute mehr Wasser verbraucht, als nachhaltig verfügbar ist. Was jedoch den wenigsten Menschen klar sein dürfte: Auch Deutschland zählt zu diesen Ländern. Seit der Jahrtausendwende verlieren wir im Schnitt 2,5 Gigatonnen Wasser pro Jahr. Das entspricht dem Jahresverbrauch von 54 Millionen Menschen.² In absoluten Zahlen gehört Deutschland damit zu den Ländern mit den höchsten Wasserverlusten weltweit.³ Dabei schwindet das Wasser nicht überall gleich: Der Verlust von Grundwasser ist im Norden Deutschlands wesentlich stärker ausgeprägt als im Süden. Insbesondere die heute bereits trockenen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg werden in den kommenden Jahrzehnten massive Probleme mit Wassermangel bekommen.⁴ Der sogenannte Grundwasserstress herrscht laut einer Studie des BUND aber bereits in der Hälfte der Landkreise in Deutschland.⁵ Für die Wasserversorgung und

INKEN BEHRMANN,
geb. 1993 in Berlin, ist
Sozialwissenschaftlerin. Sie
promoviert an der Universität
Bremen zu Verteilungs-
konflikten und Regierungs-
maßnahmen im Kontext von
Wasserknappheit.

-
- 1 Kaveh Madani, Global Water Bankruptcy: Living Beyond Our Hydrological Means in the Post-Crisis Era, unu.edu, Ontario 2026.
 - 2 Diese Rechnung basiert auf dem durchschnittlichen Tagesverbrauch von Menschen in Deutschland in Höhe von 126 Liter/Person. Vgl. Wassernutzung privater Haushalte, umweltbundesamt.de, 10.9.2024.
 - 3 Der Wasserverlust bezieht sich hier auf »terrestrisches Wasser«, das im Boden, dem Grundwasser, Flüssen, Seen, Eis und Schnee gespeichert ist. Vgl. Umweltbundesamt (UBA), Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel, umweltbundesamt.de, November 2023, S. 13 und 70-71.
 - 4 Vgl. Nick Reimer und Toralf Staud, Deutschland 2050: Wie der Klimawandel unser Land verändern wird, Bonn 2022, S. 39-40.
 - 5 Vgl. Robert Lütkeemeier und David Kuhn, Grundwasserstress in Deutschland. Überblicksstudie: Struktureller und akuter Grundwasserstress durch öffentliche und nichtöffentliche Entnahmen auf Ebene der Landkreise, bund.net, 27.5.2025, S. 5.

-nutzung ist das langfristig ein ernstes Problem, denn rund drei Viertel des Trinkwassers werden hierzulande aus dem Grundwasser gefördert.

Verantwortlich für die stetig sinkenden Grundwasserstände ist in erster Linie die Klimakrise: steigende Temperaturen und Extremwetterereignisse tragen dazu bei, dass immer weniger Grundwasser neu gebildet wird. Erhöht sich nämlich die Temperatur, verdunstet mehr Wasser aus Seen, Flüssen und Talsperren, aber auch

aus dem Boden und durch Pflanzen. Durch die kürzeren Winter verlängert sich zudem die Vegetationsperiode und damit die Zeit, in der Pflanzen Wasser benötigen. Grundwasser kann sich jedoch nur dann neu bilden, wenn mehr Regen fällt, als die Vegetation aufnimmt und verdunstet - das geschieht meist im Frühjahr und Winter, solange noch kein Eis den Boden bedeckt. Niederschlag tritt infolge des Klimawandels

»Das Grundgesetz und die wichtigsten Wassergesetze zeugen noch von einer längst vergangenen Situation des Überflusses.«

allerdings häufiger in Form von Starkregen auf und trifft zudem immer öfter auf versiegelte Flächen oder ausgetrocknete Böden. Dort perlt das Wasser ab, fließt in den nächsten Fluss und von dort ins Meer. Die Konsequenz: Es versickert weniger Wasser in der Fläche, der Grundwasserspiegel sinkt. Ein gleichbleibender - oder in Spitzenzeiten wie heißen Sommertagen sogar höherer - Wasserverbrauch verschärft das Wasserdefizit.

Politischer Handlungsbedarf

Doch wer Lösungen für die Wassersituation finden will, steht nicht nur vor einem natürlichen, sondern auch vor einem rechtlichen Problem, denn Deutschland hat noch immer »ein Wasserrecht für ein wasserreiches Land«⁶. Das hat historische Gründe, schließlich bedeckten bis zum 18. Jahrhundert Moore und Sümpfe große Teile Nord- und Ostdeutschlands. Über Jahrhunderte bestand daher das politische und gesellschaftliche Ziel darin, Wasser abzuleiten und dieses Land trockenzulegen, um es für die Landwirtschaft nutzbar zu machen und zu besiedeln. Jetzt dreht sich das Paradigma um: Das Wasser soll in der Landschaft gehalten werden. Doch das Grundgesetz und die wichtigsten Wassergesetze der Bundesrepublik zeugen noch von der längst vergangenen Situation des Überflusses: Da Trinkwasser fast überall in Deutschland gefördert oder im Umland beschafft werden konnte, legte man die Wasserversorgung in die Hand der Kommunen. Die Idee dahinter: Wenn Menschen ihr kommunales Wasser trinken, setzen sie sich auch für dessen Schutz ein. Die Kommunen sollten also vor allem die Wasserqualität sichern - an knapper werdende Wassermengen dachte zu diesem Zeitpunkt noch niemand.

In der aktuellen Situation, in der die Wassermenge an immer mehr Orten sinkt, führt die Zuständigkeit der Kommunen für die Wasserpolitik jedoch zu Problemen. Ihre Verwaltungsgebiete sind zu klein, um die Wasservorkommen - gerade im Fall von Knappheit - angemessen zu regulieren. Entsprechend hoch ist heute der politische Handlungsbedarf. Die Kommunen können oder wollen die notwendige Regulie-

6 SpreeWasser:N, Ausgangsbefund, Wasserwirtschaftliche Anpassungsstrategien, spreewasser-n.de, 25.11.2025.

rung nicht leisten, während auf der Bundes- und Landesebene in der Wasserpolitik ein politisches Vakuum herrscht. Diese Situation nutzen Wirtschaftsunternehmen aus und sichern sich langfristige Wasserrechte.

Wie sich Konzerne Wasserrechte sichern

Zwei besonders prägnante Beispiele dafür, wie sich die Wassersituation schon heute zuspitzt, finden sich in Brandenburg: Dort gab es in den vergangenen Jahren immer wieder große Industrieansiedlungen.

Im südwestlich von Berlin gelegenen Grünheide baute Tesla ab 2020 seine europäische Giga-Factory. Die Folge war ein bis heute andauernder Streit mit dem Wasserverband Strausberg-Erkner und einer lokalen Bürgerinitiative. Zunächst entzündete sich der Konflikt an den hohen Verbrauchsmengen der Autofabrik: 1,8 Mrd. Liter Wasser sollten jährlich in die Produktion fließen - der Verbrauch einer Kleinstadt. Dieser Streit konnte schließlich in einem Versorgungsvertrag beigelegt werden. Da Tesla seitdem stärker auf die Wasseraufbereitung setzt, konnte die Verbrauchsmenge zwar um 400 Mio. Liter reduziert werden, jetzt sorgen aber hohe Schadstoffwerte im Abwasser des Konzerns für neuen Konfliktstoff. Nach mehreren ungemeldeten Unfällen in der Fabrik, die das Grundwasser in der Region qualitativ gefährden könnten, ist das Verhältnis zwischen Wasserverband und Konzern zerrüttet.

In Baruth mit seinen rund 4000 Einwohner:innen kauften der österreichische Getränkehersteller Red Bull und dessen ebenfalls österreichischer Abfüllpartner Rauch 2022 die Brandenburger Urstromquelle - und sicherten sich damit 92 Prozent des Trinkwassers der Kommune für die Produktion ihrer Energydrinks. Doch was bedeutet das für die Zukunft, wenn die verfügbaren Grundwassermengen zur Trinkwassergewinnung weiter zurückgehen? Nichts Gutes, befürchten die Anwohner:innen in Baruth. Sie machen sich angesichts der Wasserrechte des Konzerns berechnete Sorgen, dass sie sich bei Knappheit hinter diesem anstellen müssen und die Reserven für nachfolgende Generationen aufgebraucht werden könnten.

Auch weit über Brandenburg hinaus ist das Wettrennen um die Wasserreserven in vollem Gange: 2023 kaufte Aldi Nord Quellen in Thüringen. Die Schwarz-Gruppe, zu der Lidl und Kaufland gehören, ist schon länger der größte Mineralbrunnenbetreiber Deutschlands. Nun baut sie für elf Mrd. Euro ein Mega-Rechenzentrum in Lübbenau, dessen Kühlung ebenfalls beträchtliche Wassermengen benötigen wird. Edeka sicherte sich Quellen in Bayern, Coca-Cola scheiterte an Protesten in der Lüneburger Heide. Unter Getränkeherstellern ist längst klar, dass Wasser in Zeiten der Klimakrise hierzulande ein knappes Gut wird, mit dem hohe Profite erwirtschaftet werden können, wenn sie sich jetzt die Förderrechte dafür sichern.⁷

Aktuell lassen Politik und Verwaltung diesen Ausverkauf des Wassers einfach geschehen - oder freuen sich, wie der Bürgermeister in Baruth, wo Red Bull und

»Das Wettrennen um die Wasserreserven ist in vollem Gange.«

⁷ Vgl. Kristina Gnirke, Maria Marquart und Stefan Schultz, Wie Discounter ums kostbare Wasser kämpfen, [spiegel.de](https://www.spiegel.de), 6.8.2023.

Rauch die Wasserquellen gekauft haben, im Zweifelsfall noch über die Ansiedlung.⁸ Wegen des Wirtschaftswachstums und der Steuereinnahmen, die damit einhergehen, heißt auch die brandenburgische Landesregierung solche Unternehmen mit offenen Armen willkommen - und zwar trotz des immensen zusätzlichen Wasserverbrauchs, den diese im ohnehin von Dürren und Wasserarmut geplagten Brandenburg mit sich

»Beim Thema Wasser
spüren wir die Folgen
der Übernutzung sowie
der Klimakrise in
unserer unmittelbaren
Nachbarschaft.«

bringen. Es ist ein globaler Konflikt, der nun auch in Brandenburg angekommen ist: die Übernutzung von Ressourcen für wirtschaftliches Wachstum. Schon lange lebt die europäische Wirtschaft über ihre und die Verhältnisse anderer im Globalen Süden.⁹ Beim Thema Wasser aber spüren wir die Folgen dieser Übernutzung sowie der Klimakrise in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Die brandenburgische Landesregierung will noch in dieser Legislaturperiode

das Landeswassergesetz novellieren. Im Zentrum muss dabei die Frage stehen, wie die Wasserversorgung für die Bevölkerung und die Natur nachhaltig gesichert werden kann. Ob die Landesregierung diese grundsätzlichen Probleme angeht, ist jedoch fraglich.

Mehr Wasser gewinnen, weniger entnehmen

Politisch gibt es zwei Stellschrauben, um den Grundwasserstress zu lindern. Auf der einen Seite lässt sich die Wassermenge erhöhen, die im Grund- und Oberflächenwasser zur Verfügung steht. Dieses »Wasserdargebot« kann sowohl durch naturnahe Maßnahmen wie die Versickerung von (Regen-)Wasser, die Anlage von Auen und mäandrierenden Flüssen, aber auch durch technische Großprojekte wie Meerwasserentsalzungsanlagen oder Flussüberleitungen verbessert werden. Als Vorsorge für Niedrigwasserperioden ist auch die Anlage von natürlichen oder künstlichen Wasserspeichern eine sinnvolle Maßnahme, die jedoch auch von den topografischen Möglichkeiten abhängt. Auf der anderen Seite lassen sich die Entnahmemengen verringern. Dafür aber müssen Verbraucher:innen - von der Landwirtschaft und Unternehmen über die Energieproduktion bis hin zur Bevölkerung - ihre Wassernutzung einschränken. Bislang handeln Akteur:innen und Verwaltungen vor allem dort, wo sie auf den geringsten Widerstand stoßen: beim Wasserdargebot. Die Wasserpolitik in Brandenburg fokussiert sich beispielsweise auf die Wiedervernässung von Auen und die Umgestaltung von Flussbetten, um so Wasser in naturnahen Landschaften zu halten und den (Grund-)Wasserhaushalt zu stärken. Diese Projekte sind sehr wichtig, lassen aber gleichzeitig die Fragen unbeantwortet, wie Wasserentnahmen im Konfliktfall priorisiert werden sollen und wie bestehende Wasserentnahmerechte verändert werden können.

Genehmigungen für Wasserentnahmen werden häufig über mehrere Jahrzehnte vergeben. Das Problem ist nun, dass einige dieser Genehmigungen bereits vor langer

8 Vgl. Antonia Groß, Elena Matera, Red Bull verleiht Dürre, taz.de, 29.3.2025.

9 Vgl. Stephan Lessenich, Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2016.

Zeit erteilt wurden - und häufig auf viel größeren Grundwassermengen basierten, als heute noch zur Verfügung stehen. In der Konsequenz besteht die Gefahr, dass Unternehmen mit Genehmigungen für die Entnahme großer Wassermengen das Grundwasser nach und nach aufbrauchen.¹⁰ Zwar betonen politisch Verantwortliche und Behördenmitarbeiter:innen, dass prinzipiell die Möglichkeit besteht, solche Genehmigungen wieder zu entziehen oder zu verändern - auch aufgrund eines neuen, geringeren Wasserangebots. Bislang gibt es jedoch keinerlei Praxis und Erfahrungswerte dazu, wie sich Genehmigungen rechtssicher wieder entziehen lassen - zu groß ist in der Verwaltung die Angst vor langen und teuren Klageverfahren und in der Politik davor, Konflikte einzugehen. Doch das hat gravierende Konsequenzen für die Wassernutzung. So gilt aktuell bei den Wasserentnahmen das Prinzip »Wer zuerst kommt, mahlt zuerst«: Wasser bekommt fast immer, wer zuerst eine Entnahmegenehmigung erhielt, nicht unbedingt, wessen Entnahme für die Gesellschaft wichtiger ist.

Solange das Wasserthema nicht auf Landesebene reguliert wird, bleibt die Verantwortung im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Kommunen, deren Reserven knapp werden, sind daher darauf angewiesen, mit anderen Wasserversorgungsverbänden zu kooperieren, die über mehr Wasser verfügen. Dafür gibt es aber zum einen bislang keine Anreize, zum anderen steht einer stärkeren Zusammenarbeit die wirtschaftliche Standortkonkurrenz einzelner Regionen im Weg. Viele Wasserverbände treibt die Sorge um, über Versorgungsverträge mit anderen Kommunen Wasser aus der Hand zu geben, das angeworbene Industrien in naher Zukunft benötigen könnten: Jeder sorgt für sich. Als kurzfristige Option, etwa bei Wasserknappheit im Sommer, bleiben den kommunalen Wasserverbänden so meist nur befristete Entnahme- und Nutzungsverbote. Diese richten sich primär an die Bevölkerung statt an die Großverbraucher aus Industrie und Landwirtschaft. Das aber löst das grundlegende Problem nicht, sondern erhöht vielmehr die Unzufriedenheit und damit das Konfliktpotenzial in einzelnen Regionen.

»Wie sollen Wasserentnahmen im Konfliktfall priorisiert werden? Diese Frage ist ungeklärt.«

Neuregelung auf Bundesebene: Fehlanzeige

Die Kooperationsprobleme und ungleiche Wasserverteilung auf kommunaler Ebene verlangen nach einer übergeordneten Steuerung und Neuordnung der Wasserpolitik durch die Landes- oder Bundespolitik. Dazu bräuchte es jedoch eine Änderung des Grundgesetzes, die die Wasserversorgung aus der kommunalen Daseinsvorsorge löst. Dafür fehlen derzeit die politischen Mehrheiten; zugleich gilt das Thema - allem Handlungsdruck zum Trotz - bundespolitisch als zu wenig relevant.

Auch in der Bundesregierung gehen die Interessen auseinander: Vor allem das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium ziehen in dieser Frage nicht an

¹⁰ Vgl. Annika Joeres, Katarina Huth und Gesa Steeger, Kampf um Wasser. Diese Unternehmen dürfen Wasser auf Jahrzehnte entnehmen, [correctiv.org](https://www.correctiv.org), 22.11.2022.

einem Strang. So fällt die Wasserpolitik als »Umweltthema« in den Verantwortungsbereich des Bundesumweltministeriums, ein vergleichsweise kleines Ministerium mit wenig Durchsetzungskraft. Das zeigte sich bereits unter der Führung von Svenja Schulze (SPD) und Steffi Lemke (Grüne) in den vergangenen beiden Legislaturperioden. Sie entwickelten eine Nationale Wasserstrategie, die aus zehn »strategischen Themen« und einem Aktionsprogramm mit knapp 80 Maßnahmen besteht. Diese sehen unter anderem ein besseres Wasser-Monitoring und Informationsmanagement sowie harmonisierte Entgelte für die Wasserentnahme vor.

Das Programm vereint viele wichtige Maßnahmen, hat aber ein entscheidendes Problem: Für alle genannten Projekte ist das Umweltministerium auf die Kooperation anderer Ministerien, Länder, Kommunen und weiterer Stakeholder wie Wirtschaftsverbände oder Landwirt:innen angewiesen. Das funktioniert, solange alle von der Kooperation profitieren. In Situationen aber, in denen es darum geht, einen Mangel zu verwalten, und es dabei zu Verteilungskonflikten kommt, ist politische Steuerungskompetenz vonnöten - und diese fehlt dem Umweltministerium insbesondere in Konflikten mit dem Wirtschaftsministerium. Exemplarisch zeigt das der

»Kommunale und regionale Standortkonkurrenz sowie Zielkonflikte auf Bundesebene verhindern nachhaltige Lösungen.«

Fall Tesla: Das brandenburgische Wirtschaftsministerium setzte sich vehement für eine Ansiedlung von Elon Musks Giga-Factory ein und erhielt dabei Rückendeckung vom Bundeswirtschaftsministerium. Die Frage der Wasserversorgung rückte dabei gegenüber dem Wirtschaftswachstum in den Hintergrund. So verhindern kommunale und regionale Standortkonkurrenz sowie Zielkonflikte auf Bundesebene nachhaltige Lösungen.

Nadelstiche gegen das Versagen der Politik

Wo die politisch Verantwortlichen und Behörden nicht handeln, sind es meistens Bürger:inneninitiativen, die sich für den Schutz und Erhalt des Wassers für die Bevölkerung und für eine nachhaltige Wasserförderung einsetzen. Sie machen die Wasserproblematik öffentlich, klagen Informationen über geheime Wasserverträge ein und veröffentlichen diese oder organisieren Protest und Einwendungen gegen große Industrieansiedlungen. Ihr Engagement ist dringend notwendig. Es kann aber nur Nadelstiche setzen und den politischen Handlungsdruck bei dem Thema erhöhen.

Das aktuelle Handeln politischer Akteur:innen und auch das Wasserrecht missachten nach wie vor die schon bestehende Wasserknappheit - und sichern den Erhalt unserer Wasserressourcen deshalb nicht ausreichend für die nächsten Generationen. Weil eine politische Regulierung unterbleibt, werden sich die Konflikte in Zukunft weiter verschärfen. Dabei wäre schnelles Handeln dringend notwendig. Ist das Wasserdefizit erst einmal da, lässt sich die Situation nicht so schnell wieder beheben. Fristet die Wasserpolitik weiterhin ein Schattendasein, dürfte sich die Wasserknappheit schon in den kommenden Jahrzehnten in einigen Regionen Deutschlands zu einer Überlebensfrage auswachsen. ◻